



Oliver Krischer  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Bündnis 90/Die Grünen

Oliver Krischer MdB Platz der Republik 1 11011 Berlin

BI für Ostrhauderfehn  
c/o Gertraud Stechmesser  
Langholter Str. 6a  
26842 Ostrhauderfehn

Berlin, 6. Juni 2011

Bundestagfraktion  
Bündnis 90/Die Grünen

**Bundestagsbüro Berlin**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon 030 227 – 72059  
Fax 030 227 – 76056  
E-Mail:  
[oliver.krischer@bundestag.de](mailto:oliver.krischer@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro Düren**  
Nidegger Str. 68  
52349 Düren  
Telefon 02421 – 189286  
Fax 02421 – 189287  
E-Mail:  
[oliver.krischer@wk.bundestag.de](mailto:oliver.krischer@wk.bundestag.de)

Sehr geehrte Damen und Herren der „Bürgerinitiative für Ostrhauderfehn“,  
sehr geehrte Frau Stechmesser,

vielen Dank für den Brief zum Kohlendioxid-Speicherungsgesetz (KSpG), den mein Kollege Thilo Hoppe mir als zuständiger Fachpolitiker zugeleitet hat.

Bündnis 90/Die Grünen teilen ihre Sorgen und wir werden dem Gesetzentwurf von CDU und FDP in seiner jetzt vorliegenden Form nicht zustimmen. Bereits 2009 versuchte die Große Koalition unter dem Druck der Energieversorger noch vor der Bundestagswahl ein CCS-Gesetz zu verabschieden. Das geplante CCS-Gesetz scheiterte jedoch im Sommer 2009 nach heftigen Protesten. Vor allem der Umfang des Gesetzes, welches die Anwendung der völlig unerprobten Technologie im großen Maßstab ermöglicht hätte, gab Anlass zu massiver Kritik.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hatte im Herbst 2009 angekündigt, noch in jenem Jahr ein CCS-Gesetz verabschieden zu wollen. Mit diesem Vorhaben ist die Bundesregierung jedoch klar gescheitert. Viele offene Fragen und große Unstimmigkeiten zwischen den beteiligten Ministerien einerseits, sowie die ablehnende Haltung Niedersachsens und Schleswig-Holsteins andererseits verzögerten die Verabschiedung des Gesetzes immer wieder.



Oliver Krischer

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Bündnis 90/Die Grünen

Die rot-rote Koalition aus SPD und LINKE in Brandenburg ist jedoch ein vehementer Verfechter der CCS-Technologie und will zusammen mit dem Energiekonzern Vattenfall eine CCS-Demonstrationsanlage in Jämschwalde/Brandenburg errichten.

Dabei ist längst klar, dass CCS überhaupt keine Antwort auf die drängende Frage nach einer zukunftsfähigen Energieversorgung ist. Das CCS-Gesetz der Bundesregierung ist ein unhaltbares Zukunftsversprechen für eine klimafreundliche Kohleverstromung gegen den Willen vieler Menschen im Land. Statt Millionen öffentliche Gelder in die CCS-Technologie zu stecken, benötigen wir das Geld viel dringender für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, für mehr Energieeffizienz und für neue Netze und Speicher. Die CCS-Technologie könnte lediglich einmal eine Rückfall-Option für prozessbedingte Emissionen sein, wie sie beispielsweise in der Stahl-, Zement oder chemischen Industrie anfallen. Doch viel wichtiger ist es auch hier, nach Alternativtechnologien zu forschen.

Die Bundesregierung redet zwar vom Ausbau der Erneuerbaren Energien, doch wenn es konkret wird, setzt sie wie schon bei der Fehlentscheidung der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke auch jetzt bei CCS auf zentrale Großkraftwerke und damit auf die überkommene und ineffiziente Technologie der großen Energiekonzerne.

Mit freundlichem Gruß



Oliver Krischer